



## Dies und das kurz vermerkt

### Description

In einer TV-Sendung zum Tod von Heiner Geißler wurde auch darauf eingegangen, dass er 1989, damals Generalsekretär der CDU, Kanzler Kohl durch Späth ersetzen wollte. In einem Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bank wurde ihm (oder Späth oder beiden) seinerzeit bedeutet, dass Banken und Großindustrie Kohl behalten wollten. Daraufhin wurde aus dem „Kanzlersturz“ nichts.

Auch jetzt hat sich wieder ein **bedeutender Player der Finanzindustrie politisch zu Wort gemeldet**. Der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock sieht den Ausgang der Bundestagswahl für die Finanzmärkte nicht mit viel Risiko verbunden. Der Wahlkampf sei uninspiriert und langweilig und für die Finanzmärkte irrelevant, [sagt Martin Lück von Blackrock](#). Er verantwortet die Kapitalmarktstrategie für Deutschland und andere europäische Länder.

Egal zu welcher Regierungskonstellation es kommt, ob große Koalition, Schwarz-Gelb oder Jamaika (plus grün), für die Finanzmärkte gebe es keinen Grund zur Aufregung. In einem wichtigen Punkt allerdings schränkt Lück diese Aussage ein: Falls die FDP an der Regierung beteiligt wird, gebe es ein beträchtliches Risiko für die Anleihemärkte. Die FDP will Griechenland aus dem Euro ausschließen, ist für eine strikte Einhaltung des Fiskalpakts und opponiert gegen eine Transferunion. Die weiche Auslegung solcher Fragen habe aber die Lage an den Anleihemärkten seit 2012 beruhigt, sagt Lück. Und meint weiter: Wenn die deutsche Bundesregierung unter Beteiligung der FDP auf der strikten Einhaltung von Prinzipien beharre, könnte die europäische Schuldenkrise zurückkehren.

Im Klartext: Die Missachtung der vertraglichen Grundlagen der EU, bzw. der Eurozone hat die Überwindung der Euro-Krise ermöglicht. Falls nun wieder Prinzipienreiterei betrieben wird, spricht die Rückkehr zur Einhaltung der Verträge, droht ein erneuter Ausbruch derselben.

Zur Begründung heißt es, insbesondere Italien müsse dann mit einer deutlich höheren Verzinsung seiner Staatsanleihen rechnen. Der Spread der Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen Italiens gegenüber gleich lang laufenden Bundesanleihen könnte sich von derzeit 160 wieder auf 270 Basispunkte ausweiten. Italien wäre aber kaum in der Lage, für seine Schulden einen Risikoaufschlag von 2,7% gegenüber Deutschland zu zahlen, sagt der Blackrock-Vertreter.

Ich gehe davon aus, dass Lück nur ausspricht, was auch andere große Akteure an den Finanzmärkten denken. Somit dürfte es wohl kaum zu einer Koalition zwischen CDU und Anleihe-Schreck Lindners FDP kommen. Es sei denn, die gelbe Umfaller-Partei hält ihre Aussagen vor der Wahl danach an den Nagel.



Was ja nicht weiter verwunderlich wäre.

Experten haben ausgerechnet, dass der **Ressourcenverbrauch bei der Herstellung eines Elektroautos** um 60% höher ist als bei der Produktion eines „Verbrenners“. Das liegt v.a. an den Batterien. Die Klimabilanz eines E-Autos ist erst bei einer Laufleistung von 80.000km neutral im Vergleich zum herkömmlichen PKW. Das gilt unter der Annahme eines Energiemixes bei der elektrischen Energie, wie wir ihn gegenwärtig haben. Sollte die elektrische Energie zu 100% aus erneuerbaren Ressourcen erzeugt werden, sinkt die „Break-even“-Laufleistung auf 25.000km (andere Quellen nennen ca. 40.000km).

Das erinnert mich an die **Dämmung von Häusern**. Man geht davon aus, dass die Investitionskosten hierfür sich durch den geringeren Energieverbrauch frühestens nach zehn Jahren rechnen. Dabei sind die zur Herstellung der Dämmstoffe benötigte Energie und Rohstoffe noch nicht einbezogen. Die heutzutage am häufigsten verwendeten Dämmmaterialien haben eine Lebensdauer von 15 bis 20 Jahren, danach sind sie Sondermüll. Der zu ihrer Beseitigung notwendige Aufwand an Energie usw. muss ebenfalls noch berücksichtigt werden. Damit sieht die Bilanz aus meiner Sicht schlecht aus – insbesondere, wenn sich das Klima weiter erwärmt... Nicht berücksichtigt sind auch die möglichen Schäden an älteren Bauwerken durch Feuchtigkeit, die nicht nach draußen abgegeben werden kann.

Ein anderes Beispiel für eine wenig durchdachte Politik bei der Energieeinsparung ist das **Thema Verbot von Glühbirnen**. Ohne Zweifel senkt die Verwendung von neuen Licht-Technologien den Energieverbrauch beim Betrieb. Allerdings muss der deutlich höhere Energieeinsatz bei der Herstellung von Energiespar-Lampen berücksichtigt werden – und auch die Tatsache, dass sie deutlich mehr Giftstoffe (z.B. Quecksilberverbindungen) enthalten. Diese Argumente mögen für die LED-Technologie nicht mehr so gravierend sein, allerdings ist der Herstellungsaufwand hierbei immer noch deutlich höher als bei alten Glühbirnen. Immerhin beträgt ihre Lebensdauer ein Vielfaches.

Schlecht durchdachte Energieeinspar-Politik einerseits, andererseits gezielte Konjunkturprogramme zur Belebung der Nachfrage.

Und noch etwas: Die **Wirbelstürme in den USA** haben gewaltige Schäden angerichtet. Kurzfristig dürfte das die Wirtschaftsleistung drücken, über den Tag hinaus jedoch sorgt die Behebung der Schäden für Wachstumsimpulse. Zudem dürften die Schäden die Chancen auf der politischen Bühne eher verbessern, dass Trump mit seiner **Steuerreform** bald „zu Potte“ kommt. Diese Steuerreform scheint mittlerweile zum Traum aller Aktien-Bullen geworden zu sein, von der man sich Wunderdinge verspricht.